

GRÜNE Stellungnahme zu den Dezernatsumverteilungsplänen des OB und der GroKo im Rat

1. Über die Presse hat der Oberbürgermeister am 11.11.17 die Umstrukturierung der Verwaltungsspitze bekannt gegeben. Dies, obwohl die Ratsgremien sich vorher nicht einmal ansatzweise damit beschäftigt haben. In der Gemeindeordnung ist eindeutig festgelegt, dass dies zu den Zuständigkeiten des Stadtrates gehört.

2. Erneut werden von der Rathauspitze, Oberbürgermeister und GroKo-Fraktionen, wichtige Entscheidungen im Alleingang in Gutsherrenmanier hinter verschlossenen Türen getroffen und dann der Öffentlichkeit präsentiert. Statt eines demokratischen und sachlichen Auseinandersetzungsprozesses wird die gesamte Stadtratsopposition ignoriert und vom kritischen Diskurs ausgesperrt.

3. Die alte Struktur des Dezernatsverteilungsplans soll zerschlagen und willkürlich durch eine neue ersetzt werden.

Zwingend notwendig wäre eine kritische Überprüfung des alten Plans mit einer detaillierten Schwachstellenanalyse. Das Ergebnis sollte eine Änderung des Plans sein, mit klar definierten Zielen zur Beseitigung gemachter Fehler und Verbesserung und Anpassung der Strukturen.

4. Zuständigkeiten und Kompetenzen sollen ohne sachlichen Zusammenhang von sechs auf nunmehr sieben Dezernate aufgeteilt werden. Der gültige Dezernatsverteilungsplan war und ist verbesserungsbedürftig. Insbesondere das Thema Wirtschaft, aber auch Personal und Verwaltung sind in dieser Struktur unzureichend abgebildet, eine Reform unabdingbar und überfällig. Von der aktuellen Bedeutung sind diese Aufgaben klare sogenannte „Chefsache“. Es ist mehr als fraglich, ob die geplante neue Struktur dieser Anforderung gerecht werden kann.

5. Das jetzige Umweltdezernat soll in seine Teilaufgaben zerlegt und diese auf die sieben Dezernate verteilt werden. Das Restdezernat soll durch verschiedenste Aufgaben aufgefüllt werden. Faktisch würde dies eine Zerschlagung des Umweltdezernates bedeuten. Das ist für uns völlig unakzeptabel!

Das Amt für Umwelt und Grün soll aufgeteilt und faktisch abgeschafft werden. Damit wäre Duisburg vermutlich die einzige Stadt ohne ein Fachamt für die Bereiche Umwelt- und Naturschutz. Dieses ist zur Umsetzung des gesetzlichen Umweltschutzes und zur Förderung freiwilliger Umweltschutzaktivitäten unverzichtbar.

6. Die Stadt Duisburg ist hoch verschuldet und hat sich zur Einhaltung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet. Die Auswirkungen einer jahrelangen harten Sparpolitik sind an allen Ecken und Kanten zu spüren.

Durch die Einführung eines 7. Dezernats wird dies völlig außer Acht gelassen. Der städtische Haushalt soll durch zusätzliche Kosten belastet werden, die an anderer Stelle wieder eingespart werden müssen.

Die GRÜNEN im Rat der Stadt Duisburg, Duisburg, den 14. November 2017